

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

36. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. August 1998, 9:30 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Günter Fleskes (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Abg. Dr. Ulf von Hielmcrone

Peter Gerckens (SSW)

Weitere Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Heinz Maurus (CDU)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten | 4 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/564 | |
| 2. a) Bericht zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein und Perspektive einer künftigen Tourismusedwicklung | 7 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 14/965 | |
| b) Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein auch durch die Berücksichtigung kultureller Angebote | |
| Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1538 hierzu: Umdrucke 14/2232, 14/2233 | |
| 3. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert | 10 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1575 | |
| 4. Stärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein | 12 |
| Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1231 | |
| 5. Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein | 13 |
| Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1373 | |
| 6. Verschiedenes | 14 |

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 9:35 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Der Vorsitzende teilt den Wunsch des Antragstellers mit, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pelztierhaltung, Drucksache 14/1503, aus Termingründen auf die kommende Sitzung zu verschieben.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/564

hierzu: Umdruck 14/1789

(überwiesen am 12. März 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß, den Agrarausschuß, den Umweltausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Ausführlich begründet zunächst Abg. Claus Ehlers den CDU-Antrag. In den Mittelpunkt seiner Begründung stellt er Erfahrungen, die in seiner Gemeinde Bauwillige mit den zuständigen Behörden und den vorgegebenen Plänen gemacht hätten. Er unterstreicht die Forderung, einen Landschaftsplan auch nur auf Teilräume beziehen zu können. Darüber hinaus hält er an der Forderung seiner Fraktion fest, im Sinne der Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung für ein eigenes Ziel-5b-Gebiet auch in Zukunft einzutreten. Er schließt seine Ausführungen zu letzten Punkt des Antrages mit dem Hinweis ab, daß im Rahmen der Entfrachtung der Landesbauordnung im Interesse zügiger Abwicklungsverfahren bei den Kreisbauämtern die Entscheidungskompetenzen nach unten verlagert werden sollten.

Des weiteren bittet er darüber nachzudenken, ob es nicht möglich sei, die Anzahl der Träger öffentlicher Belange von heute 46 auf einige wenige zusammenzulegen und zu reduzieren.

Abg. Sabine Schröder hält sowohl eine größere Transparenz der Verwaltungsakte als auch eine Entfrachtung der Verwaltungsvorschriften angesichts der angestrebten Verschlinkung der Verwaltung für im Kommen. Sie spricht als Problem an, daß zum einen häufig Bundesvorgaben zu beachten seien und zum anderen auch unterschiedliche Auffassungen einzelner Kreise

und Kommunen zu den Kreisentwicklungsplänen bestünden, das heißt keine einheitliche Meinung der Kommunen festzustellen sei. Insofern erwäge ihre Fraktion, im federführenden Innen- und Rechtsausschuß einen eigenen Antrag einzubringen, weil man aufgrund einzelner Punkte dem CDU-Antrag als Ganzes nicht zustimmen könne.

Einigkeit besteht in der sich anschließenden Diskussion darüber, daß eine Verwaltungsvereinfachung angestrebt werden müsse. Unterschiedliche Auffassungen gibt es jedoch über den Nutzen und die Wirksamkeit der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen, die von der Mehrheitsfraktion als sehr nützlich empfunden werden.

M Klaus Buß fordert im Rahmen der Weiterentwicklung der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen ein Umdenken der Betroffenen. Es dürfe nicht immer nur an finanzielle Zuschüsse gedacht werden, sondern es müsse auch darum gehen, die Potentiale der einzelnen Regionen in den Vordergrund zu stellen und die Menschen der Regionen dazu zu bringen, daß sie über die Entwicklung ihrer Region nachdenken sowie darüber, wie die vorhandenen Leitprojekte in ihrer Region umgesetzt werden können.

Abg. Peter Gerckens begrüßt die allgemeine Zielrichtung des Antrages und bittet, nicht zu vergessen, daß die kommunalen Zielvorgaben auch grenzüberschreitend sein müssen. Es sollte nach seiner Meinung überlegt werden, Teile der Aufgaben auch in den Regionalrat zu übertragen.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan bewertet die LSE positiv und unterstreicht, daß auch ihre Fraktion die Verringerung der Planungsdichte für dringend erforderlich halte. Sie verweist auf die von ihrer Fraktion befürchtete Doppelgleisigkeit der Kreisentwicklungspläne und schließt sich in ihren Überlegungen den Vorschlägen des Kreistages an.

Abg. Peter Jensen-Nissen regt an, im Rahmen der Beratung der Gesamtproblematik die einschlägigen Bemerkungen des Landesrechnungshofes zur Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in den Bemerkungen 1998 S. 185 ff. einmal im Ausschuß vertieft zu diskutieren.

Der Vorsitzende stellt den Antrag Drucksache 14/1564 mit dem Wunsch zur Abstimmung, daß die in vielen Punkten festgestellte Übereinstimmung zu einer Annahme des Antrages führen möge.

Abg. Sabine Schröder erinnert an die Absicht ihrer Fraktion, im federführenden Ausschuß einen eigenen Antrag einzubringen. Der CDU-Antrag müsse, wie gesagt, wegen zu pauschaler Aussagen von ihrer Fraktion abgelehnt werden.

Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. wird der Antrag bei Stimmengleichheit von 5 : 5 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende formuliert die Hoffnung an den federführenden Ausschuß, dort zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Bericht zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein und Perspektive einer künftigen Tourismusedwicklung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/965

(überwiesen am 25. September 1997 an den Agrarausschuß, den Wirtschaftsausschuß, den Umweltausschuß und den Sozialausschuß)

b) Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein auch durch die Berücksichtigung kultureller Angebote

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1538

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den Agrarausschuß)

hierzu: Umdrucke 14/2232, 14/2233

Abg. Heinz Maurus erläutert zunächst anhand von Umdruck 14/2233 die Gründe, die seine Fraktion dazu bewogen haben, einige Zusatzfragen zu stellen. Er ergänzt die Frage 3 um die Bitte, das neue SHT-Konzept vorzustellen. Bei Frage Nr. 5 kommen auch die Stichwörter „Einbeziehung von Tourismusüberlegungen in den Trilateralen Wattenmeerplan“ und „Engagement der Tourismusverbände beim Nationalparkkonzept“ zur Sprache. Auch hierzu soll vom Ministerium ergänzend berichtet werden.

Abg. Sabine Schröder signalisiert Zustimmung zu der mit Umdruck 14/2232 beantragten Anhörung und spricht sich dafür aus, anhand dieser Anhörung und auch der durch das Ministerium schriftlich zu beantwortenden Fragen aus Umdruck 14/2233 einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten. Sie macht sich für eine stärkere Zusammenarbeit der einzelnen Tourismusunternehmen stark, um eine effektivere gemeinsame Werbung für Schleswig-Holstein zu erreichen.

M Klaus Buß beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß er im Zuge seiner Antrittsbesuche im Rahmen seines neuen Amtes oft die Meinung gehört habe, daß sich sowohl Landesregierung als auch Landtag zu wenig mit Tourismusfragen beschäftigten, und daß ein intensiveres Bemühen um eine Stärkung des Tourismus unbedingt notwendig sei.

M Klaus Buß geht im weiteren auf die Probleme der Kurabgabe ein und macht darauf aufmerksam, daß er kurz nach Eintritt in sein neues Amt eine Expertengruppe einberufen habe, um praktikable Vorschläge für die Handhabung der Kurtaxe zu erarbeiten. In dieser Arbeitsgruppe sei auch die bereits im Innenministerium angesiedelte Arbeitsgruppe mit einbezogen, die sich Gedanken über die kommunalen Abgaben generell zu machen habe. Einen Abschlußbericht seiner Arbeitsgruppe erwarte er sich Ende 1998/Anfang 1999.

Die Überlegungen zur Neuorganisation des Tourismusverbandes würden von ihm begrüßt. Nach seinen Erfahrungen, die er in den Diskussionen im Lande gemacht habe, sei es unbedingt notwendig, in Schleswig-Holstein zu einem einzigen Tourismusverband mit entsprechenden Untergliederungen zu kommen. Denn in Zukunft werde Schleswig-Holstein nicht als Nordseebereich oder Ostseebereich wahrgenommen, sondern als Region. Mit diesem Schlagwort „Schleswig-Holstein als Region“ gelte es in Zukunft zu werben. Seine Bitte an die Ausschußmitglieder gehe dahin, dieses Schlagwort vor Ort ebenfalls intensiv zu vertreten, auch wenn vermutlich die Akzeptanz noch etwas auf sich warten lasse.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan bestätigt die Schwierigkeiten, die einzelnen Tourismusverbände auf eine Linie einzuschwören und greift frühere Überlegungen auf, den Fremdenverkehrsverband dahin zu bringen, auf der Grünen Woche für Ferien in Schleswig-Holstein zu werben. Dieses Thema sollte auch in der Anhörung zur Sprache kommen.

Bezüglich der Frage 12 zur Einbeziehung der Expo in den Tourismus Schleswig-Holsteins und die entsprechenden Transfermöglichkeiten gibt sie zu bedenken, daß hier unter Umständen doch regional differenzierte Überlegungen angestellt werden sollten.

Abg. Günter Neugebauer zeigt sich erfreut, daß der Ausschuß und die Landesregierung in Zukunft verstärkt Tourismusfragen anzugehen beabsichtigen und bittet um Ergänzung des Fragenkataloges um folgende Fragen:

1. Konzeption und Stand der Norddeutschlandwerbung;
2. Konzeption und Stand der DIRG (Deutsche Informations- und Reservierungsgesellschaft);
3. Konzeption und Stand der Kampagne „Deutschlandwerbung“.

Im übrigen signalisiert auch Abg. Günter Neugebauer Zustimmung zur Anhörung, in welcher nach seiner Auffassung insbesondere die Neustrukturierung des Verbandswesens diskutiert werden sollte.

Abg. Peter Gerckens will auch die Förderung des Tourismus im Mittelrücken und in den Städten diskutiert wissen. Er betont, daß er ein gewisses Regionalbewußtsein nicht für schlecht halte, auch wenn das nicht so weit führen dürfe, vorhandene Tourismusstrukturen zu behindern. Für ihn sei darüber hinaus die Frage zu klären, warum Schleswig-Holstein oft nur als Durchgangsland gesehen werde; es sollten in der Anhörung Überlegungen angestellt werden, wie das zu ändern sei.

In der weiteren Diskussion, an der sich auch die Abgeordneten Günter Fleskes und Peter Jensen-Nissen mit Überlegungen zum Erhalt konkreten Zahlenmaterials, zur Kurtaxe, zur Servicecard sowie zur Möglichkeit gemeinsamer Werbung und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verbände beteiligen, wird Einigkeit darüber erzielt, daß ein starker zentraler Verband mit entsprechenden Untergliederungen angestrebt werden müsse, auch wenn es dafür noch sehr viel Überzeugungsarbeit bedürfe. Abg. Günter Fleskes erinnert daran, daß Schleswig-Holstein bereits als teures Urlaubsland gelte und nicht ohne weiteres neue Kosten auf die Kommunen überwältzt werden dürften.

M Klaus Buß legt dar, daß Tourismus ein Wirtschaftszweig sei und infolgedessen die Anbieter sich marktkonform verhalten müßten.

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Anhörung am Montag, dem 26. Oktober 1998 - vorbehaltlich der Zustimmung des Landtagspräsidenten, da dies noch ein Tag in den Herbstferien ist - durchzuführen.

Ferner bittet der Vorsitzende, bis zum 2. September in der Mittagspause des Plenums die Vorschläge über die Anzuhörenden abzusprechen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1575

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den Wirtschaftsausschuß und alle anderen Ausschüsse)

Der Ausschuß beschäftigt sich im Rahmen der Beratung der Anträge nur mit den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Spiegelstriche 1.4 und 1.7 bis 1.9. In der Diskussion betont Abg. Claus Ehlers, daß man in Betrachtung der Zukunft Schleswig-Holsteins dann, wenn man eine leistungsfähige, zukunftsorientierte Agrarpolitik im Interesse der Bauern gestalten wolle, keine neuen Belastungen für die Landwirte aufbauen dürfe, und hier seien die angesprochenen Spiegelstriche nur einige Punkte unter vielen, die sich im Laufe der letzten Jahre zuungunsten der Landwirtschaft ausgewirkt hätten. Zu nennen seien hier unter anderem folgende Punkte:

- Umschichtung der Haushaltsmittel zugunsten der Ökobetriebe;
- Nichtausschöpfung der GA-Mittel;
- Kürzung der einzelbetrieblichen Förderung;
- wirtschaftliche Nachteile durch staatlich auferlegte Naturschutzmaßnahmen (Gänsefraßschäden, Schäden durch Komorane etc.);
- massive Aufkäufe von Flächen für den Naturschutz zu Lasten ausbaufähiger landwirtschaftlicher Betriebe;
- Trennung von Schule und Beratung bei der Landwirtschaftskammer;
- Kürzung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete;
- Schwierigkeiten bei Freisetzungsversuchen von genetisch veränderten Pflanzen;
- Verlagerung der Forstabteilung in das Umweltministerium;
- Kürzung der Mittel für das Gütezeichen;
- Wegfall der Förderung über das Siedlungsondervermögen;
- Belastungen durch das Landeswassergesetz.

Abg. Sabine Schröder kann bei vielen Punkten dieser Aufzählung keine negativen Momente erkennen und wehrt sich gegen die Behauptung, daß zum Beispiel massenhaft Flächen für den Naturschutz aufgekauft würden. Im Gegenteil helfe die Landgesellschaft vielen Landwirten dadurch, daß sie Ausgleichsflächen zum Tausch bereithalte.

Abg. Claus Ehlers untermauert seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den Neubau von Autobahnen und den damit geforderten Flächenausgleich.

Abg. Sabine Schröder bleibt bei ihrer Auffassung und verweist darauf, daß vor dem Hintergrund der Agenda 2000 die Zukunft Schleswig-Holsteins nicht nur im Blickwinkel der Landwirtschaft gesehen werden dürfe. Wenn man Zuschüsse ins Land ziehen wolle, müsse man den Gesamtaspekt ländlicher Räume im Auge behalten.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan bezieht sich auf die Ausführungen ihrer Fraktion im Plenum und signalisiert Zustimmung zu den aufgerufenen Spiegelstrichen.

Bei Stimmengleichheit - fünf Ja-Stimmen von CDU und F.D.P. und fünf Nein-Stimmen der SPD - werden die Spiegelstriche abgelehnt.

Der Vorsitzende formuliert die Meinung des Ausschusses, daß unabhängig von diesem Votum der CDU-Antrag im federführenden Wirtschaftsausschuß weiterbehandelt und dabei den Belangen der Landwirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit zugewandt werden sollte.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Stärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1231

(überwiesen am 23. Januar 1998 an den Agrarausschuß)

Abg. Peter Gerckens entnimmt der am 30. April 1998 durchgeführten Anhörung, daß es noch in weiten Teilen der Bevölkerung Verunsicherung über die Qualitätsgarantie bei der Verarbeitung von Rindfleisch gebe. Besonders erstaunt habe ihn die Aussage, daß manche Firma ihr Rohmaterial aus Dänemark beziehe, weil nur dort ein lückenloser Qualitätsnachweis zu führen sei.

Dies gelte es zu ändern, und jeder müsse sich bemühen, das Vertrauen der Verbraucher in schleswig-holsteinische Qualität wieder zu gewinnen. Klargeworden sei ihm auch, daß es sehr schwierig sei, eine effektive Kontrolle bei der Weiterverarbeitung der einzelnen Produkte zu garantieren. Seine Fraktion sei deshalb zu dem Schluß gekommen, daß der Antrag vor dem Hintergrund dieser Aussage in der Anhörung jetzt als erledigt zu betrachten sei. Gleichzeitig sehe er die verarbeitenden Betriebe gefordert, sich weiter um vertrauensbildende Maßnahmen zu bemühen. Der Antrag könnte dann wieder aufgenommen werden, wenn eine lückenlose Kontrolle der Endprodukte möglich erscheine.

Abg. Peter Jensen-Nissen beantragt, vor Abschluß der Beratungen noch den Landeskontrollverband zu hören. Der Verband sollte die Wege aufzeigen, die heute in der Landwirtschaft bei der Kennzeichnungspflicht und der Dokumentationspflicht zu gehen seien. Er bezieht sich im Rahmen seiner Begründung auf neue Pressemeldungen im „Spiegel“ über die Verwendung von CAP in deutschen Mastbetrieben und empfiehlt vor dem Hintergrund solcher Meldungen, sich ein ausgewogenes Bild zu machen.

Nach weiterer kurzer Diskussion beschließt der Ausschuß einstimmig, eine zirka einstündige Anhörung des Landeskontrollverbandes im Rahmen einer der kommenden Sitzungen - 17.9. oder 5.11. - zur Handhabung der Kennzeichnungspflicht in Schleswig-Holstein durchzuführen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1373

(überwiesen am 26. März 1998 an den Umweltausschuß, den Agrarausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß, den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

(Verfahrensfragen; der federführende Umweltausschuß plant eine eineinhalbtägige Anhörung am Donnerstag, dem 24. September 1998/Freitag, dem 25. September 1998)

Der Ausschuß kommt überein, den Wirtschaftsausschuß um eine gemeinsame Anhörung zu bitten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abteilungsleiter Ulrich Lorenz stellt zunächst Regierungslandwirtschaftsdirektorin Astrid Hanella als neue Verbindungsreferentin vor.

Folgende Sitzungstermine werden in Aussicht genommen:

Dienstag, 25. August 1998, 10:30 Uhr, Diskussion mit dem dänischen Landwirtschaftsminister

Montag, 14. September 1998, 14:00 Uhr, Haushaltsberatungen zusammen mit dem Finanzausschuß

Donnerstag, 17. September 1998, 10:00 Uhr, Verschiebung der für den 10.9. vorgesehenen Sitzung

Montag, 26. Oktober 1998, ganztägige Anhörung zum Tourismus

Donnerstag, 5. November 1998, 10:00 Uhr

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab

Geschäfts- und Protokollführerin